

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: **Waldemar Strauß**  
Hauptredaktion: **Waldemar Strauß**  
Redaktion: **Waldemar Strauß**  
Postfach 1000  
Telefon 1000

Abdruck von **Pressemitteilungen** ist gestattet, wenn sie innerhalb 10 Tage nach ihrer Veröffentlichung bei der Redaktion eintrifft.  
Abdruck von **Pressemitteilungen** ist gestattet, wenn sie innerhalb 10 Tage nach ihrer Veröffentlichung bei der Redaktion eintrifft.  
Abdruck von **Pressemitteilungen** ist gestattet, wenn sie innerhalb 10 Tage nach ihrer Veröffentlichung bei der Redaktion eintrifft.

Abdruck von **Pressemitteilungen** ist gestattet, wenn sie innerhalb 10 Tage nach ihrer Veröffentlichung bei der Redaktion eintrifft.  
Abdruck von **Pressemitteilungen** ist gestattet, wenn sie innerhalb 10 Tage nach ihrer Veröffentlichung bei der Redaktion eintrifft.  
Abdruck von **Pressemitteilungen** ist gestattet, wenn sie innerhalb 10 Tage nach ihrer Veröffentlichung bei der Redaktion eintrifft.

## Der Kanzler an die Weltöffentlichkeit

### Papen über die Forderungen Deutschlands

Neuport, 28. Juli. Reichskanzler v. Papen äußerte sich der „United Press“ gegenüber eingehend über die Absichten seiner Regierung. Der Kanzler hob zunächst hervor, der rascheste Weg zur Wiederherstellung der Wohlfahrt der Welt bestünde darin, daß Deutschland seinen Platz an der Sonne zurückerhalte.

Die Welt könne nicht wieder zu Wohlstand gelangen, bevor nicht Deutschland seine Stellung als gleichberechtigter Staat wieder einnehme.

Das gelte sowohl für das moralische und politische Gebiet wie für Wirtschaftfragen. „Meine Regierung“, erklärte er, sieht ihre vornehmste Aufgabe darin, Deutschland die wirtschaftliche und politische Stellung im Völkerleben zurückzugewinnen, auf die es Anspruch hat. Bei Erfüllung dieser Funktion würden wir nicht nur die Lebensfähigkeit Europas erhöhen, sondern auch in erheblichem Maße zur Lösung der gesamten Weltkrise beitragen. Dabei habe ich selbstverständlich im Auge, daß im Interesse der Welt

den ungeheuerlichen Diskriminationen, deren Gegenstand Deutschland durch den Versailles Vertrag geworden ist, ein Ende gemacht werden muß

und daß z. B. die moralische Rechte Deutschlands, die in der Kriegsschuldfrage liegt und in der Wegnahme unserer Kolonien zum Ausdruck kommt, die unter der Begründung erfolgte, daß wir die schlechtesten Kolonialtäter der Welt seien, abgeschafft werden muß. Der Kampf gegen diese Rechtsbestimmungen wird unerbittlich fortgesetzt werden.

Ueber die Stabilität seiner Regierung befragt, meinte der Kanzler, daß sich wegen der Ungewißheit des Ausgangs der Wahlen am Sonntag für das Geschick seiner Regierung kaum eine Prognose stellen lasse. Er erwähnte jedoch

Wahrscheinlichkeit, daß die Nationalsozialisten zusammen mit den Deutschnationalen eine Mehrheit im Reichstage erzielen,

oder daß diese Parteien gemeinsam mit dem Zentrum das neue Kabinett bilden oder daß sie sich schließlich auch auf die Stützung der gegenwärtigen Regierung einigen könnten.

Auf die Frage, ob Deutschlands Forderung auf Gleichberechtigung in Völkerfragen bedeute, daß Deutschland aufrüsten wolle, wenn die anderen Mächte nicht abrüsteten, erklärte der Kanzler: „Nein. Wir wollen

ein Heer lediglich für unsere eigene Sicherheit und den Schutz unserer Grenzen, die keineswegs so gefährdet sind wie die Grenzen Frankreichs.“

Das heißt nicht, daß wir ein Heer verlangen, das Mann für Mann so stark sein muß als das Frankreichs, sondern daß wir auf moralischer Ebenbürtigkeit und dem Recht bestehen, eine moderne militärische Ausrüstung zu besitzen.“

Auf die Bitte, seine Auffassung über die deutsch-französischen Beziehungen näher darzulegen, betonte der Kanzler, daß er nie ein militärisches Bündnis zwischen Deutschland und Frankreich vorgeschlagen habe. Er habe jedoch bei Herriot gelegentliche Besprechungen zwischen den Generälen Deutschlands und Frankreichs angeregt, die dazu dienen sollten, Mißtrauen zu zerstreuen und beiden Staaten Sicherheit zu gewährleisten.

Auf die Frage, ob nach seiner Ansicht die Wiederherstellung Deutschlands auch die Wiedereinführung der Monarchie mit sich bringen würde, meinte der Kanzler unter anderem: „Wir haben andere Probleme zu lösen, die weit wichtiger sind. Die ganze Frage ist heute nicht aktuell.“ Hinsichtlich der inneren Verhältnisse Deutschlands betonte der Kanzler,

der Staat sei durchaus in der Lage, mit der kommunistischen Gefahr fertig zu werden.

Der gegenwärtige Kampf seiner Regierung gegen den Kommunismus richte sich gegen den geistigen und kulturellen Bolschewismus. Er fügte hinzu, daß die kommunistische Partei nach den Reichstagswahlen nicht aufgelöst oder außerhalb des Gesetzes gestellt werden soll.

Hinsichtlich der Privatverschuldung Deutschlands betonte der Kanzler, daß Deutschland durchaus die Absicht habe, seine Schulden zu tilgen. Wenn die

Frage nach einer Herabsetzung der Zinsen für Deutschlands private Schulden

an das Ausland zur Erörterung komme, so werde Deutschland gewiß nicht einseitig Schritte in dieser Richtung unternehmen, sondern eine Einigung mit seinen Gläubigern zu erzielen suchen. Er hoffe unverzüglich, daß durch eine Einigung mit Deutschlands Privatgläubigern ein Transfermarkt umgangen werden könne.

Zum Schluss betonte der Kanzler die Enttäuschung, die in Deutschland Platz gegriffen hat, als der Erfolg der Raus-

anner Konferenz plötzlich durch die Art entwertet zu sein schien, in der das Gentlemen-Abkommen zwischen England, Frankreich, Italien und Belgien und der französisch-englische Konsultationspakt aus Nicht-Kommen und mißverstanden wurden. Ueber die Aussichten für eine Ratifizierung des Lausanner Abkommens meinte der Kanzler: „Deutschland braucht sich nicht zu beeilen, den Vertrag zu ratifizieren, sondern wird zunächst abwarten, was die anderen Mächte tun.“

### Körperliche Erziehung der Jugend

#### Schulungskurse des Reichs für den Wehrsport

Berlin, 28. Juli. Wie dies bereits der Reichswehrminister v. Scheicher in seiner Rundfunkrede zum Ausdruck brachte, hält die Reichsregierung die körperliche Erziehung der Jugend für eine unbedingte Notwendigkeit, der man sich mehr als bisher widmen müsse. Während die bisherigen Reichsregierungen sich damit begnügten, diese Sache negativ anzupacken, d. h. durch Verbote und dergleichen festzustellen, was als nicht erlaubt für die körperliche Ausbildung der Jugend zu gelten hätte, geht die amtierende Reichsregierung nunmehr daran, diese Dinge von der positiven Seite her anzufassen. Sie will der Jugend zeigen, was sie treiben soll. Zu diesem Zweck werden aus Reichsmitteln Schulungskurse geschaffen werden,

zu denen die Führer und Unterführer sämtlicher Wehrverbände, die sich bisher bereits mit der körperlichen Erziehung der Jugend befaßten, eingeladen werden, um eine einheitliche Ausbildung zu erhalten. Die einzelnen Verbände werden an diesen Schulungskursen im Ausmaß ihrer bisherigen Leistungen beteiligt werden. Durch diese Kurse wird sichergestellt werden, daß im ganzen Reich

die körperliche Ausbildung der Jugend, namentlich was den Wehrsport betrifft, in einheitlicher Weise vor sich geht.

Dadurch, daß in den Schulungskursen die Sportlehrer und Unterführer sämtlicher Verbände Aufnahme finden, wird die hohe und ernste Aufgabe der körperlichen Erziehung der Jugend über den parteipolitischen Rahmen hinausgehoben und auf ein Niveau gestellt, das dem Interesse des Volkes ganz und gar dienlich ist. Die Einzelheiten unterliegen zur Zeit noch der Bearbeitung in dem für diese Angelegenheit federführenden Reichsinnenministerium. Das Reichswehrministerium ist, wenn es auch nach der idealen Seite hin an der Förderung dieser Dinge das größte Interesse hat, in organisatorischer Hinsicht vollkommen und beteiligt. Die Vorarbeiten werden bereits in den nächsten Wochen abgeschlossen sein. Zur Aufnahme in die Schulungskurse können, wie bereits gesagt, alle Verbände, die sich bereit erklären, an dieser Erziehungsdarstellung mitzuwirken, ihre Unterführer entsenden. Eine Ausnahme ist lediglich bei den Kommunisten gemacht, da man selbstverständlich Festen, die einer Rauteverderblichen Ideologie huldigen, nicht die Fürsorge des Reiches zuteil werden lassen kann.

## Umfangreiche Sparmaßnahmen in Preußen

### Abbau zahlreicher politischer Beamter

#### Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 28. Juli. Die Reichsregierung hatte von Anfang an keinen Zweifel darüber gelassen, daß ihr Eingreifen in Preußen nicht nur durch die politische Miswirtschaft, sondern auch durch die Unfähigkeit des letzten Amtes enthabenen Kabinetts bedingt war, endlich das im geheimerisch notwendige Verwaltungsreform einzuleiten. Nachdem nunmehr die preussischen Verhältnisse als bereinstimmig anzusehen sind, ist der neue preussische Innenminister nun daran gegangen, eine

#### größere Anzahl von Landkreisen einzusparen.

Die Einzelheiten hierüber werden noch bekanntgegeben. Abgesehen von diesen Einsparungen in den lokalen Instanzen werden weitere Maßnahmen mit dem Ziele einer Konzentration in der Zentralinstanz vorbereitet. Von besonderer Wichtigkeit ist die Willkür, daß zwischen dem preussischen Staatsministerium und der Reichsregierung Verhandlungen über eine

engere Zusammenarbeit und zweckmäßige Aufteilung der Aufgaben zwischen Reich und Preußen eingeleitet worden sind. Das Neben- und zum Teil auch Gegen-einanderarbeiten, das sich bisher bei preussischen und Reichsinstanzen zeigte und das abgesehen von allen anderen mit schweren finanziellen Verlusten verknüpft war, soll durch diese Schritte wieder endgültig beseitigt werden. Man wird hoffen dürfen, daß bei diesen Verhandlungen das vorrevolutionäre Preußen zum Vorbild genommen wird, bei dem ein großer Teil der preussischen Amtsbefugnisse in den Händen der leitenden Reichsbehörden lag. Zugleich wird, wie amtlich angekündigt wird, bei diesen Verhandlungen die Frage im Vordergrund stehen,

ob die unter dem Zwang der Verhältnisse durch die Rotverordnung vom 8. Juni 1932 angelegten drückenden Lasten wieder beseitigt oder wenigstens gemildert werden können.

Wie der Reichskanzler es in seinem Antwortschreiben an den deutschnationalen Parteiführer Gehelmar Guenzberg bereits angekündigt hat, sollen die Kosten des Verwaltungsapparates auf das Maß herabgesetzt werden, die es so schwer verarmte Deutschland auszubringen vermag. Das ist damit zu rechnen, daß diese auf eine weitgehende Verwaltungsvereinfachung abzielenden Verhandlungen schon in kurzer Zeit beendet sein werden.

Ganz in Hand mit diesen Einsparungsmaßnahmen werden weitere zahlreiche politische Beamte der Regierung Braun-Severing in den Ruhestand versetzt und ihre Posten von den bereits vorhandenen Berufsbeamten mitverwaltet. Das preussische Staatsministerium hat in seiner Sitzung vom 27. Juli folgende Personalveränderungen beschlossen: Der Ministerialdirektor beim preussischen Staatsministerium, Dr. Bracht, wird mit Rücksicht auf die sich aus der Aufgabe der Vertretung der bisherigen preussischen Staatsregierung vor dem Staatsgerichtshof für sein Amt ergebenden Schwierigkeiten in den einstweiligen Ruhestand versetzt; die Entscheidung über seine spätere Verwendung bleibt vorbehalten.

Mit der provisorischen Verwaltung der Geschäfte der Verfassungsabteilung im Ministerium des Innern wird der Ministerialrat im Innenministerium, Dr. Schüpe, beauftragt.

Der Regierungspräsident Dr. v. Gahrfeldt in Königsberg i. Pr. wird in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Mit

der vertretungsweise Verwaltung der Stelle des Regierungspräsidenten in Königsberg wird der Landrat Friedrich in Mohrungen beauftragt. Die Vizepräsidenten der Regierung in Oppeln, v. Halle, und der Regierung in Schleswig, Grimpe, werden bis auf weiteres von ihren Dienstgeschäften beurlaubt.

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Dr. Bärenson in Magdeburg wird in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Mit der kommissarischen Verwaltung der Stelle des Polizeipräsidenten in Magdeburg wird der Oberregierungsrat Freiherr v. Nordenflicht beim Oberpräsidium in Magdeburg beauftragt.

Der Landrat Staatsminister a. D. Siering in Rauen wird auf seinen Antrag aus Gesundheitsrunden zum 1. Oktober d. J. in den Ruhestand versetzt. Es werden in den einstweiligen Ruhestand versetzt die Landräte Brandt in Veltheim, Christian in Blumenthal, Freter in Ralau, Gauslich in Goldberg, Glahn in Ullingen, zur Zeit in Elbwege, Luft in Verdauen, Dr. Widdelhaufe in Jüsel, Dr. Sommer in Verleberg. Letzterer wird bei einer Regierung wieder verwandt werden.

Der dem Landrat Curpe in Clausthal-Jellerfeld erteilte Auftrag zur Verwaltung des Landratsamtes in Goslar wird aufgehoben. Der kommissarische Landrat Holz in Wittenberg wird zum Landrat ernannt. Der Regierungsrat Dr. Ruch in Arnberg wird mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamtes in Altena, Regierungsbezirk Arnberg, beauftragt. Der Landrat a. W. Dr. v. Gohler in Arnberg wird mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamtes in Verleberg beauftragt. Der Landrat a. W. Dr. Deichmann wird mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamtes in Elbwege beauftragt. Der Regierungsrat Needer in Rahn wird mit der vertretungsweise Verwaltung des Landratsamtes in Segeberg beauftragt.

### Prinz Erbach-Fürstentum tödlich abgestürzt

London, 28. Juli. Durch einen Flugzeugunfall auf dem Flughafen von Farnham in der Grafschaft Surrey wurde gestern der Prinz Otto von Erbach-Fürstentum tödlich getötet.

Die Ursache des Flugzeugunfalls, dem der 38-jährige Prinz Otto von Erbach-Fürstentum zum Opfer fiel, konnte noch nicht einwandfrei aufgeklärt werden. Man glaubt jedoch, daß die Maschine vom Piloten gesteuert wurde, als sie zwischen Farnham und Elstead über dem sogenannten „Teufelsprung“ in ein schweres Gewitter geriet. Der Pilot hat wahrscheinlich in den Benzintank eingeschlagen.

Heute neuer Roman:  
**Der Mann im Moor**  
ROMAN VON ALF. XANDER